

9. III. 1919

**Ein Doppelbesoldeter.** Unser Unterstaatssekretär für Unterricht ist eine Größe der sozialdemokratischen Partei. Wenn es galt, die Korruption früherer Zeiten auf bürgerlicher Seite besonders scharf zu fassen, dann wurde Herr Glödel gerne vorgehoben. Er verstand es auch besser, als viele andere, die deutschbürgerlichen Parteien in Wählerversammlungen hinzurichten. In der Rolle eines Cato trat er immer mit besonderer Vorliebe auf. Sein Sonderfach ist die Vertretung der Beamteninteressen. Er selbst war, bevor er aufs hohe politische Ross stieg, Beamter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt. Als er zum erstenmal in einem deutschböhmischen Industriebezirk zum Reichsratsabgeordneten gewählt wurde, mußte er selbstverständlich von seiner Anstalt beurlaubt werden. Der Gehalt wurde ihm aber, wie es eben für alle Mandatsträger üblich war, weiter gezahlt. Das blieb so bis zum Februar des Jahres 1919. Am 16. Februar bekam Herr Glödel ein Mandat des dritten Wiener Wahlkreises. Die Bezirke Währing und Döbling, wo so viele Beamte wohnen, mußten mit Herrn Glödel beglückt werden, der doch ein so warmer, ehrlicher Freund des arbeitenden Beamtentums ist. Die Nationalversammlung beeilte sich dann, Herrn Glödel zum Unterstaatssekretär zu be-

stellen. Damit rückte Herr Glödel in den Stand der Staatsbeamten vor. Es wird doch niemand leugnen wollen, daß die Stellung eines Unterstaatssekretärs für Unterricht, die jener des Unterrichtsministers früherer Zeiten entspricht, eine Staatsstellung und noch dazu eine sehr hohe ist. Sie wird ja auch entsprechend besoldet. Dies nahm auch die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt so an und stellte von dem Tage, da Herr Glödel Unterrichtsminister wurde, seine Bezüge bei der Anstalt ein. Nach einigen Monaten aber kam von der Staatskanzlei an die Anstalt der strikte Auftrag, Herr Glödel habe nicht bloß im weiteren Bezüge seines bisherigen Gehalts zu bleiben, es müßten ihm auch die bisher vorenthaltenen Monatsgehälter nachgezahlt werden. So ist nach der Auslegung der sozialdemokratischen Staatskanzlei Herr Glödel zwar österreichischer Unterrichtsminister, hat aber darum durchaus nicht aufgehört, bezugsberechtigter Angestellter der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt zu sein. Daß Herr Glödel seit der Zeit, da er das Mandat erhalten hat, bei seiner Anstalt zwar von Gehaltstufe zu Gehaltstufe weiter vorgedrückt ist, aber nie Dienst getan hat, ist selbstverständlich. Er wurde ja beurlaubt, um seine politischen Geschäfte ungehindert treiben zu können. Daß man aber die Anstalt jetzt, da Herr Glödel gut besoldeter Staatsbeamter geworden ist, zwingt, ihm den Gehalt wie bisher weiter zu bezahlen, das ist denn doch ein etwas starkes Stück. Die Sache verschärft sich noch, wenn man erwägt, daß es sich um eine Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt handelt, also nicht um ein auf Gewinn berechnetes Unternehmen, und daß ungerechtfertigte Erhöhungen der Betriebsauslagen dieser Anstalt naturgemäß zur Erhöhung der Versicherungsprämien und so zu einer Mehrbelastung der gegen Unfall versicherten Arbeiter führen kann. Man steht nun vor der Frage, ob diese Geschichte, in deren Mittelpunkt der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Glödel steht, mehr von der sozialen oder mehr von der demokratischen Seite aufgefaßt werden soll.